

aus: Financial Times Deutschland vom 18.08.2010

Lucas Zeise

Gratulation, Herr Hundt!

Von der Krise haben vor allem die deutschen Arbeitgeber profitiert. Deshalb sind jetzt endlich die Arbeitnehmer dran.

Das Positive an der Diskussion über die sensationell hoch wirkenden Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts ist die Zurückhaltung bei den Prognosen. Es scheint bei fast allen angekommen zu sein, dass dieser Aufschwung so schnell nicht weitergeht. Die Volkswirte passen zwar wie immer nach neuen Zahlen ihre Prognosen an. Das Wachstum in diesem Jahr könnte demnach mehr als drei Prozent erreichen. Der Konsens rechnet dennoch ab sofort mit einer Verlangsamung des Wachstums. Denn die aktuelle Erholung ist noch stärker als früher exportgetrieben. Da sowohl der Hauptabsatzmarkt Europa als auch der globale Markt einer neuen Schwächephase zutreiben, kann es beim Export nicht mit dem gleichen Schwung weitergehen.

Die Nachfrage aus dem Inland wird kaum plötzlich durchstarten. Die Investitionen der Privaten nicht, weil die Kapazitäten noch nicht so ausgelastet sind wie vor Ausbruch der Krise. Die Investitionen und der Konsum des Staates nicht, weil die Regierung das Konjunkturprogramm auslaufen lässt und die Schuldenbremse im Grundgesetz das Geldausgeben praktisch unmöglich macht. Warum schließlich sollte der Konsum der breiten Massen in die Gänge kommen, wenn die Löhne der Arbeitnehmer stagnieren und neue Arbeitsplätze in der Mehrzahl keine Vollzeitarbeitsplätze sind, sondern Leiharbeit, Teilzeit oder Ähnliches?

Wunder des rheinischen Kapitalismus

Wir haben es also mit einem Zwischenhoch zu tun. Die Strategie der deutschen Industrie ist anscheinend voll aufgegangen. Die Arbeitgeber haben die Gewerkschaften, vor allem die gezähmte IG Metall, in ihre Strategie eingebunden. Von der Gewerkschaft, den willigen Betriebsräten und den Belegschaften haben sie Lohnverzicht in vielerlei Form erhalten und von der Regierung die Subvention zum Kurzarbeitergeld. So konnten es sich die Unternehmen locker leisten, nur die Leiharbeiter aus den Betrieben zu entfernen, die Stammbesetzung aber zu halten, bis die Aufträge wieder anzogen. Das steckt hinter dem deutschen Wunder am Arbeitsmarkt. Ausgerechnet in der tiefsten Konjunkturkrise stieg die - amtlich gemessene - Arbeitslosigkeit erstaunlich mäßig.

War dies schon ein Wunder des alten rheinischen Kapitalismus, so folgte nun ein weiteres, das den eigentlichen Nutzen des Jobwunders aufzeigt. Eine erkleckliche Zahl deutscher Unternehmen konnte ihre Marktposition in aller Welt dadurch ausbauen: Als die Nachfrage nach präzisen Maschinen, funktionierenden Anlagen und prestigebeladenen Autos aus dem tiefen Loch wieder anzog, konnten sie das Begehrte schnell wieder produzieren und liefern - zu akzeptablen Preisen. So wiesen die Unternehmen in den Frühjahrsberichten wunderbarerweise höhere Gewinne aus als 2008 vor der Krise. Wie profitabel die deutsche Industrie ist, hatte sich bereits 2009 gezeigt, als viele Firmen trotz einer Kapazitätsauslastung unter 60 Prozent immer noch Gewinn machten.

Man kann den Herren Dieter Hundt, Martin Kannegiesser und [Hans-Peter Keitel](#) - den Präsidenten der Arbeitgeberverbände BDA, Gesamtmetall und BDI - also zunächst gratulieren. Ihre Strategie ist aufgegangen. Riskant war sie nicht. Wäre der Zwischenaufschwung der globalen Nachfrage ausgeblieben oder schwächer ausgefallen, so hätten die rheinischen Kapitalisten eben doch von Kurzarbeit zur Massenentlassung schreiten müssen. Das wäre nicht schön gewesen. Aber das Risiko lag beim Staat und den stets willigen Gewerkschaften. Die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Unternehmen, die im allgemeinen Sprachgebrauch dann "wir" genannt werden, liegt "uns" allen am Herzen.

Was den Arbeitnehmern hilft

Die Gratulation für die richtige Strategie gilt aber nur vorläufig und bedingt. Vorläufig, denn nur die Einfältigen - wie beispielsweise Wirtschaftsminister Rainer Brüderle und sein FDP-Parteichef [Guido Westerwelle](#) - wännen die deutsche Volkswirtschaft kurz vor einem richtigen Aufschwung. Für sie stellt sich die Frage gar nicht, wie man aus dem aktuellen Schub bei Exporten und Gewinnen eine allgemeine Aufwärtsbewegung machen kann.

Aber einige Volkswirte zweifeln zu Recht und wagen den von der Angebotstheorie verpönten Gedanken zu denken: Das Land und seine Volkswirtschaft könnten nun ein wenig mehr effektive Konsumnachfrage gebrauchen. Ganz kühne unter ihnen folgen jetzt zaghaft sogar ausgewogen-liberalen Menschen wie dem "Wirtschaftsweisen" Peter Bofinger, der - lange isolierten - Stimme der Vernunft im Sachverständigenrat. Drei Prozent wirklichen Zuwachs für die Löhne schlägt er vor. Das hat er in traditioneller Weise errechnet: Produktivitätszuwachs (von rund einem Prozent) plus jene Inflationsrate von nahe zwei Prozent, die von der Europäischen Zentralbank gewünscht ist.

Eigentlich müssten es dann ja vier Prozent sein, kalkuliert (angesichts des auf über ein Prozent geschätzten Produktivitätswachstums) nun schon mancher im Geiste der Angebotstheorie trainierte Volkswirt. Er fragt dann aber, sich künstlich ahnungslos und naiv gebend: "Nur kann mir jemand sagen, wie wir die Verhandlungsposition der Arbeitnehmer stärken können?" Diesmal meint "wir" aber nicht mehr die Unternehmen, sondern eher die Regierung.

Da fällt mir auf Anhieb eine Menge ein: Abschaffung der Hartz-IV-Gesetze und der Leiharbeit; Schluss mit der Zulassung befristeter Arbeitsverträge und der Entwertung der Arbeitslosenversicherung; Einführung flächendeckender Mindestlöhne und Verbindlichkeitserklärungen bestehender Tarifverträge, Verbot der Aussperrung; einheitliche Tarifverträge im öffentlichen Dienst; Ende der Privatisierungen; Verpflichtung der Bahn, Post und Telekom, anständige Löhne zu bezahlen. Und so weiter.

"Ich warne vor einer Diskussion über Lohnerhöhungen zur Unzeit", sagt nun jedoch Dieter Hundt - erwartungsgemäß. Das erinnert daran, dass auch Journalisten, ja sogar Volkswirte die Verhandlungsposition der Arbeitnehmer ein wenig stärken können. Höhere Löhne mögen - unter sonst gleichen Bedingungen - niedrigere Gewinne bedeuten. Doch das sollten sie nicht mehr als nationales Unglück, sondern als vielleicht sogar erfreuliche Tatsache des Kapitalismus begreifen.